

## Antrag

Hannover, den 17.01.2023

Fraktion der CDU

### **Mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst - Einsatzkräfte besser und dauerhaft vor Angriffen schützen!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

In der Silvesternacht kam es in mehreren deutschen Städten, insbesondere in Berlin, zu zahlreichen Angriffen auf die Polizei und Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Gewaltbereite Personen beschossen Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrleute bei Löscharbeiten gezielt mit Pyrotechnik. Auch Wohngebäude und Passanten wurden mit Böllern und Feuerwerksraketen unter Beschuss genommen. Daneben kam es zu zahlreichen Sachbeschädigungen und Plünderungen von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr durch vermummte Randalierer. Die Berliner Feuerwehr zählte mehr als 1 700 Einsätze zum Jahreswechsel. Hierbei kam es in 38 Fällen zu Angriffen auf Angehörige der Feuerwehr, von denen 15 verletzt wurden<sup>1</sup>. Die Polizei meldete 41 Verletzte. 145 Personen wurden festgenommen. Insgesamt wurden 355 Strafverfahren eingeleitet.

Auch in Niedersachsen wurden zu Silvester zahlreiche ähnliche Gewalttaten registriert. So wurden in Hannover Polizisten und Angehörige der Feuerwehr mit Feuerwerk gezielt attackiert. In Garbsen beschossen sich zwei rivalisierende Jugendgruppen mit Feuerwerkskörpern, bei einem Einsatz wurden drei Feuerwehrleute verletzt. Auch in Peine kam es zu Übergriffen auf Polizisten. So wurden Polizeikräfte aus einer etwa 60-köpfigen Menschenmenge heraus gezielt mit Böllern und Feuerwerk attackiert. Eine Polizistin wurde durch einen explodierenden sogenannten Polenböllern verletzt<sup>2</sup>.

Seit Jahren nimmt bundesweit die Anzahl von Gewalttaten gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte kontinuierlich zu. Dies haben zuletzt auch die Ereignisse bei der Räumung des Ortes Lützerath gezeigt. Wurden 2015 ca. 33 500 Fälle von Gewalt gegen die Polizei registriert, waren es 2021 bereits ca. 39 650. Betroffen waren im Jahr 2015 ca. 64 000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, im Jahr 2021 stieg die Anzahl auf 88 600<sup>3</sup>. Die Taten reichen von Widerstandsdelikten, Bedrohungen und tätlichen Angriffen bis hin zu Mord und Totschlag. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Feuerwehr und beim Rettungsdienst<sup>4</sup>.

Der Landtag stellt fest, dass die Ereignisse zum Jahreswechsel 2022/23 auch in Niedersachsen umfassend analysiert und aufgearbeitet werden müssen. Mit Blick auf die seit Jahren ansteigende Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei, der Feuerwehr und den Rettungsdiensten ist hierbei von besonderer Bedeutung, welche Motive und Gründe für die Gewaltexzesse ausschlaggebend sind. Nur durch eine gründliche und transparente Ursachenforschung können die Fallzahlen bei Gewaltdelikten gegenüber Einsatzkräften dauerhaft und wirksam gesenkt werden.

Der Landtag stellt außerdem fest, dass Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes durch Sofortmaßnahmen besser vor Angriffen geschützt werden müssen. Tagtäglich sorgen Polizistinnen und Polizisten sowie Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsdienste für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Oftmals riskieren sie dabei ihre Gesundheit oder gar ihr Leben. Sie verdienen daher besonderen Respekt und Anerkennung.

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/vermischtes/article242972229/Silvester-in-Berlin-Polizei-und-Feuerwehr-massiv-mit-Boellern-angegriffen.html>

<sup>2</sup> [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Silvester-in-Niedersachsen-Verletzte-Braende-und-Uebergriffe.jahreswechsel208.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Silvester-in-Niedersachsen-Verletzte-Braende-und-Uebergriffe.jahreswechsel208.html)

<sup>3</sup> Bundeslagebild 2021 des BKA, Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, S. 11

<sup>4</sup> Bundeslagebild 2021 des BKA, Opferspezifisch Vollstreckungsbeamte und Rettungsdienstkräfte, T943-Bund

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. unverzüglich ein umfassendes Lagebild zu den Ereignissen in der Silvesternacht am 31.12.2022 / 01.01.2023 zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. In diesem Bericht sind u. a. die Art und die Anzahl der Angriffe auf Angehörige der Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes aufzuführen und möglichst genaue Angaben zu den Täterinnen und Tätern und ihrer Motivation zu machen.
2. dem Landtag und der Öffentlichkeit ein niedersachsenweites Lagebild zu Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes für das Jahr 2021 vorzulegen und dieses für die kommenden Jahre fortzuschreiben,
3. in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenengruppen unter Einbeziehung der Gewerkschaften und der kommunalen Spitzenverbände sowie der Wissenschaft einen Aktionsplan zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ zu erarbeiten mit den Zielen
  - Steigerung des Respekts und der Anerkennung in der Bevölkerung gegenüber Bediensteten in der Polizei, der Feuerwehr und im Rettungsdienst sowie ehrenamtlich Tätigen,
  - konsequente und ausnahmslose Verfolgung von Straftaten und Beschleunigung der Strafverfahren durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden sowie eine vollumfängliche Ausschöpfung des Strafrahmens,
  - spezielle Unterstützungsangebote für Gewaltopfer einschließlich eines umfassenden Rechtsschutzes für die Betroffenen, um insbesondere zivilrechtliche Ansprüche gegenüber den Täterinnen und Tätern durchsetzen zu können. Grundsätzlich muss zukünftig der Dienstherr für die Betroffenen die Gerichtsverfahren führen, anfallende Prozesskosten übernehmen sowie für bestehende Schmerzensgeldansprüche eintreten und damit das Regressrisiko gegenüber den Täterinnen und Tätern tragen.
4. die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern auch Angehörige der Feuerwehr und des Rettungsdienstes mit personengebundener Kamertechnik (sogenannte Bodycams) ausgestattet werden können,
5. alle Fahrzeuge der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes mit Kamertechnik (sogenannte Dashcams) auszustatten, um das Einsatzgeschehen lückenlos aufzeichnen und im Fall von Straftaten diese besser verfolgen zu können,
6. zu prüfen, inwieweit die Ausrüstung und Bekleidung bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst verbessert werden können, um die Einsatzkräfte besser vor Angriffen und deren gesundheitlichen Folgen zu schützen.

Carina Hermann  
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 18.01.2023)